

Gerechtigkeit und Friede an der Synode für Afrika

Autor(en): **Ludin, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **88 (1994)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143845>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gerechtigkeit und Friede an der Synode für Afrika

«Ohne Beschäftigung mit Gerechtigkeit und Frieden gibt es keine Evangelisierung und keine christliche Gemeinde.» Während der Synode für Afrika waren immer wieder solche Sätze zu hören, auch von Bischöfen, die im allgemeinen als «unpolitisch» galten. Offenbar spüren heute die Führer der katholischen Kirche Afrikas, dass sie die Frohe Botschaft nicht verkünden können, ohne auch die «schlimmen Botschaften» zu benennen: die Leiden, die den Alltag in vielen Regionen des Kontinents bestimmen. Walter Ludin hat als Journalist an dieser Synode vom 10. April bis 8. Mai in Rom teilgenommen. Hier sein Bericht für die Neuen Wege. Red.

Unter die Räuber gefallen

In einer der über 200 Interventionen der ersten Hälfte der Synode wurden die «*Situationen des Leidens*» mit den folgenden Stichworten beschrieben: «Kriege und Stammeskonflikte, Flüchtlinge und Verschleppte, Mangel und Krankheiten, Hunger und Unwissen, wirtschaftliche Misserfolge und politisches Chaos, Strukturen der Unterdrückung und Verletzungen der Menschenrechte» (Telesphore Mpundu, Präsident der Bischofskonferenz von Sambia). Ähnlich meinte ein anderer Bischof: «Millionen von Menschen verhungern auf einem Kontinent, der so reich mit materiellen Ressourcen gesegnet ist. Tausende talentierter Leute sterben durch gefühllose Diktatoren» (Joseph Ajomo, Nigeria).

Viele weitere Votanten und dann auch die beiden Schlusssdokumente der Synode nennen für das Elend Afrikas interne und externe Ursachen. Zu den «*hausgemachten*» Gründen der Not sagte beispielsweise Bischof Julius Babatunde aus Nigeria: «Es ist traurig, dass die meisten politischen Führer Afrikas nicht verstanden haben, dass wahre Führerschaft Dienst bedeutet. Statt dessen sind sie machthungrig, habgierig und korrupt. Sie haben sich auf Kosten der Menschen, denen sie dienen sollten, bereichert.»

Unter jenen, die auf die externen Ursachen zu sprechen kamen, war ein Gast (Auditor) der Synode: Joseph Matthiam, ehemaliger Botschafter des Senegals beim Vatikan. In den «*importierten Wirtschaftssystemen*» sah er ein Mittel, um die afrikanischen Staaten «zwar nicht mehr zu Kolonien, aber zu Filialen oder Zweigstellen der Industrieländer zu machen». Sie seien auch für die Bereicherung der Eliten auf Kosten der Massen verantwortlich. Weiter würde die von internationalen Organisationen auferlegte Sparpolitik den sozialen Frieden und die politische Stabilität gefährden.

Das Resultat von all dem: «Afrika bietet das Bild eines Verwundeten, der nach dem Überfall der Räuber am Strassenrand verlassen liegengeblieben ist» (so der Scheutvelder Missionar Jacques Thoma, einer der acht Ordens-Generalobern, die Mitglieder der Synode waren). Der Norden aber *schaut weg*: «Es ist uns bewusst, dass er an einer Entwicklung Afrikas um seiner selbst willen nicht interessiert ist» (so eine der französischsprachigen Arbeitsgruppen). In ihrer Schlussbotschaft macht die Synode dazu die bittere Feststellung: «Man müsste endlich damit aufhören, uns auf der Weltszene in einem lächerlichen und unbedeutenden Licht zu zeigen, nachdem man eine strukturelle Ungleichheit geschaffen hat und weiterhin ungerechte Handelsbedingungen aufrechterhält!»

Keine Angst vor «politischer Kirche»

Durch ihren Einsatz für die Armen ist zwar die Kirche in vielen Ländern die einzige Institution, in welche die Bevölkerung «immense Hoffnungen» setzt. Im Prozess der Demokratisierung redet die Kirche der Versöhnung das Wort. Die Synode nahm dies zur Kenntnis. Noch mehr aber beklagte sie das *Versagen der Kirche*. Die wenigen Fälle von prophetischem Zeugnis dürften nicht davon ablenken, dass sie zur institutionalisierten Unterdrückung der afrikanischen Völker geschwiegen habe. Sie habe auch zu wenig getan, um den Teufelskreis der Stammeskonflikte zu durchbrechen.

Der Präsident der Bischofskonferenz von Sambia beklagte sich darüber, dass immer noch viele Christinnen und Christen – darunter Priester, Ordensleute und führende Laien – der Meinung seien, dass die Förderung von *Gerechtigkeit und Frieden* nicht wesentlich für die Evangelisierung sei. Sie sähen darin bloss ein Hobby: eine Nebenbeschäftigung für solche, die nicht voll in der eigentlichen Arbeit der Kirche aufgingen. In ihrer Schlussbotschaft gestehen die Bischöfe, dass sie für die apolitische Haltung der Kirche mitverantwortlich sind: «Wir leugnen nicht, dass wir als Seelsorger schuldig geworden sind. Wir haben nicht immer alles in unserer Macht Stehende getan, um die Laien für das Leben in der Gesellschaft, für eine christliche Auffassung von Politik und Wirtschaft auszubilden. Die lange Abwesenheit der gläubigen Laien in diesem Bereich führte zu der Überzeugung, dass der Glaube nichts mit Politik zu tun hat.»

Wer die Vorwürfe im Ohr hatte, die hierzulande gegen eine «politisierende Kirche» erhoben werden, war überrascht, wie während der ganzen Synode kein einziger Bischof bestritt, dass der Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden unverzichtbar zur Evangelisierung gehört. Es bestand Einigkeit darüber, dass *wirtschaftliche Ungerechtigkeiten* das Kommen des *Reiches Gottes* behindern. Ein Bischof distanzierte sich vom Vorbereitungsdokument,

das zwischen sozio-ökonomischen Fragen und der Evangelisierung bloss «eine enge Verbindung» sah. Er meinte, statt dessen müssten Gerechtigkeit und Frieden «im Brennpunkt» der Glaubensverkündigung stehen (Michael Francis, Liberia).

Der bereits zitierte nigeranische Bischof Julius Adelakun brauchte dazu Worte, wie sie sonst vor allem in der lateinamerikanischen *Theologie der Befreiung* zu hören sind: «Christus, der Befreier, kam nicht nur, um die Menschheit von der Sünde zu befreien, sondern auch von deren Folgen: von Unwissenheit, Armut, Elend und allen Formen von Ungerechtigkeit und Unterdrückung.»

Auch die *Schlussbotschaft* erhofft von Christus die Befreiung von den kulturellen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leiden des Kontinents. Sie vergisst aber nicht hinzuzufügen, dass «der Erlöser seinen Geist gab, damit wir unsere Verantwortung entschlossen wahrnehmen können». Darum war sich die Synode bewusst, dass die Kirche eine ernsthafte Unterlassungssünde beginge, wenn sie das Unrecht nicht anprangern und sich nicht für eine friedlichere Welt einsetzen würde. Wie sie diesen Auftrag wahrnimmt, hängt davon ab, ob ihre Gläubigen in einem Land die Mehrheit bilden oder ob sie in einer eindeutigen Minderheitssituation leben – in der selbst Bischöfen die Auspeitschung droht, wenn sie gesellschaftliche Fragen aufgreifen! (Dieser Hinweis kam aus Liberia.)

Auf jeden Fall wünscht die Synode, dass den kirchlichen Stellungnahmen zu diesem Bereich seriöse gesellschaftliche Analysen vorausgehen. Mit Verlautbarungen allein ist es aber nicht getan. Bischof Mpundu sprach von einem umfassenden «Lebensstil aus *Gerechtigkeit und Frieden*». Dazu gehören «ein spirituelles Mitleiden mit den Leidenden, eine soziale Solidarität für die Ermächtigung (englisch: empowerment) der Armen und Unterdrückten, ein politisches Bemühen um Änderung ungerechter Strukturen und ein kulturelles Engagement für die Gewaltfreiheit». Dieser Lebensstil müsse bei der Katechese für die Kinder wie

auch bei der Erwachsenenbildung im Mittelpunkt stehen. Er müsse auch die Feier der Eucharistie und der übrigen Sakramente durchdringen.

Viele Votanten heben die Bedeutung der *Basisgemeinden* für die Förderung von Gerechtigkeit und Frieden hervor. Denn diese werden als natürliche soziale Netze betrachtet, in denen solidarischer Verhalten mitten im Alltag eingeübt wird. Die Schlussbotschaft erhofft von ihnen, dass sie den Ethnozentrismus überwinden und die «bürgerliche Gesellschaft umwandeln».

Waffen und Schulden

Unter den konkreten Postulaten im Bereich unserer Problematik ragen das Verbot der Waffenexporte nach Afrika und die Tilgung der Schulden hervor. Jede der zwölf Arbeitsgruppen (lateinisch: *circuli minores*) Synode sprach davon. Der Kardinal von Maputo in Moçambique, der Franziskaner Alexandre dos Santos, verband in seinem Votum die beiden Themen mit den schmerzlichen Erfahrungen seines Landes: «Es werden uns Waffen und Bomben geschickt, um unsere Völker zu zerstören. Dann werden unsere Völker mit unbezahlbaren Schulden überhäuft, da wir das bezahlen müssen, was man uns zum Aufbau der Dinge geschickt hat, die ihre Waffen zerstört haben. – Wir wollen unsern Beitrag mit einem *Appell an die Waffenfabrikanten* beenden, dass sie aufhören, Afrika mit Waffen zu beliefern, und, um es mit den Worten des Propheten Jesaja (Jes. 2,4) zu paraphrasieren, sie mögen ihre Waffenfabriken in Fabriken für landwirtschaftliche Werkzeuge oder für moderne Technologie zum Wohl der Menschheit umwandeln.»

Weitere Mitglieder der Synode beklagten den Zynismus und die Grausamkeit der waffenliefernden Länder. Wenn die von ihnen geschickten Waffen eingesetzt würden, gingen die Weissen nach Hause und brächten sich dort in Sicherheit, während die Einheimischen verbluteten.

Die Versammlung, die im Waffengeschäft eine «*Saat des Todes*» sieht, beruft

sich in ihrer Schlussbotschaft auf das ganze Gewicht ihrer Autorität, wenn sie an den Norden appelliert: «Wir wenden uns mit der Kraft unserer apostolischen Überzeugung an unsere christlichen Brüder und Schwestern und an alle Menschen guten Willens auf der nördlichen Hälfte der Erdkugel. Wir bitten sie, Kontakt aufzunehmen mit den in Politik und Wirtschaft Verantwortlichen und mit den internationalen Organisationen. Der Verkauf von Waffen an die befeindeten Gruppen, die sich in Afrika gegenseitig bekämpfen, muss gestoppt werden.»

In seinem Votum über die Verschuldung bezieht sich der zambische Bischof Medardo Mazombwue auf das «Gebet des Herrn». «Vergib uns unsere Schuld» habe für Afrika eine besonders tiefe Bedeutung. Denn die Auslandsschulden der Länder südlich der Sahara beliefen sich auf 185 Milliarden US-Dollar, was mehr als 110 Prozent ihres Bruttonettoprodukts entspreche. Die Synode fordert in ihrer Schlussbotschaft «einen mindestens beträchtlichen, wenn nicht totalen Erlass der Schulden». Sie ist sich bewusst, dass damit die wirtschaftlichen Probleme nicht gelöst wären. Darum fügt sie sogleich einen Satz an, in dem sie den Aufbau einer *gerechteren internationalen Wirtschaftsordnung* postuliert. In ihrem zweiten Schlussdokument, den «propositiones» (Vorschläge)*, appelliert sie an den IWF, die Weltbank und andere ausländische Gläubiger, die drückende Schuldenlast der afrikanischen Nationen leichter zu machen. An die Bischofskonferenzen in Europa und in den USA richtet sie den dringenden Wunsch, mit Nachdruck dafür bei den Regierungen ihrer Länder vorstellig zu werden.

Demokratisierung

Etliche Male, aber doch nicht so häufig wie erwartet, erwähnten die Mitglieder der Synode für Afrika die Demokratiebewegung ihres Kontinents. Dabei stand die *Rolle der Kirchen* im Vordergrund. So habe in *Sambia* die kirchliche Lehre beim Übergang zur Demokratie und beim wirtschaft-

lichen Kampf um Entwicklung «eine grosse und anerkannte Rolle» gespielt. In *Lesotho* forderten die Bischöfe in einem Hirtenbrief klare Parteiprogramme, damit die Wählenden wüssten, was jede Partei versprechen würde. In *Togo* und in andern Ländern ersuchte das Volk die Kirche, als «Expertin in Menschlichkeit ausnahmsweise und kurzfristig eine delikate Vermittlungsrolle zu übernehmen und den Frieden wiederherzustellen».

Erstaunlicherweise schwiegen sich die Vertreter Zaires über ihre Funktion im Demokratisierungsprozess ihres Landes aus. Der Kardinal von Kinshasa, Frédéric Entsou-Nzabi-Bamungwabi, begnügte sich mit der allgemeinen Feststellung: «Man müsste alle Menschen, die Christen im besonderen, aber vor allem die afrikanischen Führungskräfte, vor die Verantwortung stellen, um das Ende der Diktaturen in Afrika sowie soziale, wirtschaftliche und politische Veränderungen herbeizuführen, damit unsere Gesellschaft ein menschlicheres Gesicht und mehr Gerechtigkeit erhält.»

Der ehemalige Vatikan-Botschafter Senegals ging in seiner Intervention in der Aula der Synode davon aus, dass die Ereignisse in Osteuropa das Einparteiensystem disqualifiziert haben. Doch *Mehrparteiensysteme* allein bedeuteten noch keine Demokratie. Die Demokratie, welche die afrikanischen Länder anstrebten, sei ohnehin ein *Importprodukt*: «Sie ist das Ergebnis einer Geschichte und einer Kultur, die nicht die unsrigen sind. Deswegen machen wir so viele falsche Schritte. Es wäre richtiger, wenn wir uns vom Geist der Toleranz und der Solidarität der überkommenen Organisationsformen inspirieren liessen... Das Problem Afrikas ist die Schaffung einer modernen Demokratie, die unseren kulturellen Wurzeln Rechnung trägt.»

Die Schlussbotschaft fordert alle Gläubigen ohne Ausnahme auf, sich selbst zu einem demokratischen Denken zu erziehen. Eine vorrangige seelsorgliche Aufgabe sei die Erziehung zum *Gemeinwohl* und zur Achtung des *Pluralismus*. Die Bot-

schaft betont dann: «Der christliche Laie, der sich im Geiste des Evangeliums am Ringen um die Demokratie beteiligt, ist das Zeichen einer Kirche, die aktiv an der Errichtung von Rechtsstaaten überall in Afrika teilnimmt.»

Familienplanung, Umwelt und Frauenrechte

Zu einem unerwarteten Top-Thema der Afrika-Synode wurde die Vorbereitung der *Bevölkerungskonferenz*, die im September in Kairo stattfinden wird. Papst Johannes Paul II. und einige seiner engsten Mitarbeiter warfen der UNO vor, das Recht auf Abtreibung festschreiben zu wollen. Mit scharfen Worten wandten sie sich auch gegen bevölkerungspolitische Programme. Diese Kontroverse löste zwiespältige Gefühle aus. So sehr der Kampf gegen imperialistisch aufgezwungene Familienplanung zu begrüssen ist, so peinlich ist die damit verbundene Ablehnung sogenannt «nicht natürlicher» Methoden der Empfängnisregelung.

Kardinal Hyacinth Thiandoum von Dakar, der als Relator der Synode für die offiziellen Zusammenfassungen im Plenum zuständig war, hat sich zwar von der vatikanischen Linie nicht distanziert. Während der Abschluss-Pressekonferenz gestand er jedoch, die Synode habe die Beziehungen zwischen Bevölkerungswachstum und Entwicklung zu wenig genau angeschaut. «Wenn man die Bevölkerung einfach wachsen lässt, gibt es eine Katastrophe.»

Einen Zusammenhang zwischen raschem Bevölkerungswachstum und Verschlechterung der Umwelt machte der ugandische Bischof Emmanuel Wamala aus, als er am zehnten Tag der Synode als erster (!) ausführlicher auf die Ökologie einging. Immerhin nehmen die «propositiones» das bis dahin vernachlässigte ökologische Anliegen mit deutlichen Worten auf. Sie bezeichnen Abholzung und Gewässerverschmutzung als Probleme von besonderer Dringlichkeit. Die *Bewahrung der Schöpfung* müsse in Predigt, Schule

und Katechese behandelt werden. Auf pfarreilicher Ebene seien entsprechende Bildungs- und Aktionsprogramme (z.B. das Pflanzen von Bäumen) zu verwirklichen.

Ungefähr in der Mitte des Kapitels «Gerechtigkeit und Friede» steht der Abschnitt über die Frauen. Hier wird der *Einbezug der Frauen* in verschiedene Ebenen der kirchlichen Entscheidungsfindung gefordert. Auch seien für sie kirchliche Ämter zu schaffen. Jede Bischofskonferenz solle im gesellschaftlichen Bereich Vorkämpferin (englisch: champion) für die Frauenrechte sein. Dazu werden Stichworte genannt wie Witwenschaft (nach dem Tod des Mannes geht manchenorts sein ganzes Vermögen an seinen Stamm), Brautpreis, alleinerziehende Mütter und gerechter Lohn.

«Stimme der Stimmlosen»

Anstelle einer ermüdenden Aufzählung von einzelnen Postulaten seien hier nur noch drei Beispiele aus den «propositiones» angeführt:

– Die Synode fordert alle Regierungen auf, vorhandene *Folterzentren* aufzulösen und jedem Menschen mit Hochachtung zu begegnen, so wie es die Erklärung der Menschenrechte vorsieht.

– Sie verurteilt das Zusammenspiel von ausländischen Interessen und korrupten lokalen Eliten, die darauf abzielen, die *einheimischen Ressourcen* auszuplündern.

– Sie wünscht, dass Wege gefunden werden, um *Schmiergelder* und *veruntreute Gelder*, die im Ausland angelegt worden sind, wieder in die verarmten Länder zurückfließen zu lassen.

Bedeutungsvoller als diese noch so wichtigen Einzelforderungen sind die von der Synode im Bereich von Gerechtigkeit und Friede aufgestellten grundsätzlichen Anregungen. Sie zielen darauf ab, dass die *Soziallehre* der Kirche ins Zentrum des kirchlichen Lebens gestellt wird. Auf allen Ebenen, bis hinunter in jede Pfarrei (!), sollen Justitia et Pax-Kommissionen geschaffen werden. Diese haben ganz besonders auch die Aufgabe, Unrecht aufzudecken.

So kann die Kirche zu einer «Stimme der Stimmlosen» werden. Falls möglich, sei das Anliegen von Gerechtigkeit und Friede ökumenisch anzugehen. Dabei fällt auf, dass noch viel häufiger als von der Zusammenarbeit der Konfessionen vom Zusammengehen mit den *Muslimen* gesprochen wurde. Im Dialog und im Zusammenwirken mit den gemässigten Kräften des Islam sieht die Synode das beste Mittel, um den muslimischen Fundamentalismus einzudämmen.

Es entspricht nicht unbedingt kirchlichen Gepflogenheiten, wenn die Synode für Afrika selbstkritisch bekennt, gegenüber jenen, die in ihrem Dienst stehen, nicht immer gerecht zu sein. Bereits in der allgemeinen Aussprache verwies der Präsident der sambischen Bischofskonferenz auf einige Bereiche, in denen die *Glaubwürdigkeit* einer Kirche, die sich für Gerechtigkeit einsetzt, besonders auf dem Spiel steht. Neben den Löhnen der kirchlichen Mitarbeiter nannte er den verantwortungsvollen Umgang mit Geld, den Respekt vor den Rechten der Frauen und die Hinwendung zu den Armen.

Die Schlussbotschaft nimmt den Gedanken auf, indem sie die afrikanischen Kirchen einlädt, ihren *Lebensstil* und ihren Besitz kritisch zu hinterfragen. Denn: «Wenn die Kirche Zeugnis für die Gerechtigkeit ablegen soll, erkennt sie an, dass jeder, der es wagt, zu ändern über Gerechtigkeit zu sprechen, sich auch bemühen sollte, in ihren Augen selbst gerecht zu sein.»

* Die 64 Vorschläge in dem rund 20 Seiten umfassenden Dokument wurden dem Papst übergeben, damit er daraus ein eigenes postsynodales Schreiben verfasst. Das Papier ist offiziell geheim. Doch wie schon bei allen andern vorausgehenden Synoden gelangte es rechtzeitig für die Schlussberichterstattung in die Hände der Journalisten.